

Erfolgreiche KMU-Finanzierung in Gefahr? Forderung nach mehr Proportionalität bei der Bankenregulierung

Nicht nur in Deutschland und in Österreich, sondern in ganz Europa sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der Motor der Wirtschaft. 99,8 % aller Unternehmen in der Europäischen Union gehören zum Mittelstand. Sie sind die Basis für Innovationen, Wettbewerb und Arbeitsplätze. Die insgesamt über 23 Millionen mittelständischen Unternehmen beschäftigen EU-weit zwei Drittel aller Arbeitnehmer, das sind knapp 90 Millionen Menschen in der Europäischen Union. Zudem tragen sie knapp 60 Prozent zur Wertschöpfung aller Unternehmen bei. Die europäischen KMU haben im Schnitt vier Beschäftigte, 93 % aller Unternehmen der Europäischen Union haben weniger als 10 Beschäftigte¹.

Um ihre Wachstumsimpulse entfalten zu können, brauchen KMU geeignete Rahmenbedingungen. Investitionen der KMUs werden zu einem Teil aus dem Eigenkapital gestemmt, zum großen Teil jedoch über Bankkredite finanziert, da die meisten KMU zu klein sind, um am Kapitalmarkt zu partizipieren bzw. das benötigte Kreditvolumen für den Kapitalmarkt zu gering ist. Deutsche und österreichische Unternehmen sind daher beispielsweise zu etwa 80 Prozent auf die Bankenfinanzierung angewiesen, lediglich 20 Prozent können sich des Kapitalmarktes bedienen. Aus diesem Grund sind gerade für die mittelständisch geprägte Wirtschaft stabile Kreditinstitute unverzichtbare Partner zur Bereitstellung von Fremdkapital. Kredite ermöglichen Wachstum und sind damit ein wichtiger Bestandteil der Unternehmensfinanzierung. Die Fähigkeit der Banken, den Mittelstand mit Krediten zu versorgen, darf daher nicht eingeschränkt werden.

Doch die verlässliche Kreditversorgung des Mittelstands ist in Gefahr: Aktuell unterliegen die mittelständischen Kreditinstitute in Europa – anders als in den USA – im Wesentlichen den gleichen Regulierungsanforderungen wie Großbanken („one size fits all“). Viele dieser Vorgaben sind sinnvoll, weil sie die Finanzstabilität erhöhen. Allerdings sind die Vorschriften auf

¹ Institut für Mittelstandsforschung (IfM), Bonn (<http://www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-einzelnen/#accordion=0&tab=8>) und

BMW (https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Textsammlungen/Mittelstand/europaeische-mittelstandspolitik.html)

systemrelevante Großbanken zugeschnitten. Aktuell verfügt Europa über rund 5.800 Kreditinstitute, davon werden nur 128 als systemrelevant eingestuft und direkt von der EZB beaufsichtigt. Die anderen – mittleren und kleinen Institute - haben für die Stabilität der Finanzmärkte ein eher unbedenkliches Risikoprofil, es besteht keine starke systemische Vernetzung. Seit der Finanzkrise wurden rund 400 Regelwerke erlassen. Gerade kleine und mittlere Institute sind mit Anforderungen konfrontiert, die nicht auf ihr Größen- und Risikoprofil zugeschnitten sind. Die Auswirkungen dieser Regulierung verursachen dadurch Aufwand, ohne in gleichem Umfang aufsichtlichen Nutzen zu entfalten oder die Situation des Instituts zu verbessern.

Doch gerade diese kleinen und mittleren Kreditinstitute vor Ort sind für mittelständische Unternehmen wichtig. Sie können den regionalen Markt und die wirtschaftliche Situation der Unternehmen in ihrem Geschäftsgebiet durch langjährige Geschäftsbeziehungen gut beurteilen und spezifische Kreditangebote unterbreiten. Die Vielfalt des Kreditsektors garantiert zudem eine geringere Krisenanfälligkeit. Das hat sich auch in der Finanzkrise bewährt: Gerade auch kleine und mittlere Kreditinstitute waren der Garant für eine stabile Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft.

Vorrangiges Ziel sollte es daher sein, Verhältnismäßigkeit in der Bankenregulierung (d. h. bei den Regulierungsvorschriften durch den Basler Ausschuss (BCBS) und der EU-Kommission) herzustellen und Wettbewerbsnachteile auszuräumen. Im europäischen Bankenwesen darf es nicht durch Regulierungsvorhaben zu einschneidenden strukturellen Veränderungen kommen. Kreditnehmer benötigen passgenaue Finanzierungspartner. Deshalb muss die Bankenregulierung so weiterentwickelt werden, dass mehr Verhältnismäßigkeit geschaffen wird. Dieser Maßstab muss sowohl bei der Konzeption internationaler Regulierungsstandards, als auch bei der Umsetzung dieser Standards in europäisches und nationales Recht angelegt werden.

Wir fordern daher:

- Kleine und mittlere, nicht systemrelevante Institute sollten von unverhältnismäßigen Regulierungsvorgaben befreit werden und künftig stark vereinfachten Anforderungen unterliegen. Erste Erleichterungen insbesondere bei den Melde-, Offenlegungs- und Vergütungsvorschriften müssen im Rahmen der derzeit laufenden Novelle der EU-Kapitaladäquanzregeln geschaffen werden. Der hierzu bereits vorliegende Entwurf der Kommission zur CRD V und CRR II ist ein zu begrüßender Schritt in die richtige Richtung, er geht aber nicht weit genug. Dies gilt sowohl für die Abgrenzung der Institute, für die Erleichterungen gelten sollen, als auch inhaltlich. Auf nationaler Ebene sollten Regelungen herausgefiltert werden, die bereits durch EU-Regularien abgedeckt werden. Mehrgleisigkeiten in der Europäischen Aufsichtsarchitektur müssen ausgeschaltet werden.

- Zudem müssen alle Regulierungsvorschriften auf ihre Effizienz für die Finanzmarktstabilität und auf deren Auswirkungen auf die Kreditversorgung der Wirtschaft überprüft werden. Mit weniger Regulierungsaufwand könnte das gleiche Ziel erreicht werden („better regulation“).

München im Juni 2017



Dr. Eberhard Sasse
Präsident



Peter Driessen
Hauptgeschäftsführer

Bayerischer Industrie- und Handelskammertag e.V.



Dipl.-Ing. Franz Xaver Peteranderl
Präsident



Dr. Lothar Semper
Hauptgeschäftsführer

Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern



Dr. Christoph Leitl
Präsident



Anna Maria Hochhauser
Generalsekretärin

Wirtschaftskammer Österreich



Dr. Theodor Weimer
Präsident



Silke Wolf
Geschäftsführerin

Bayerischer Bankenverband e.V.



Dr. Jürgen Gros
Präsident

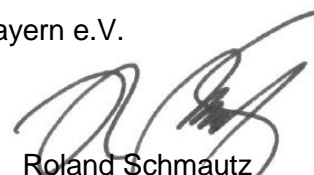


Dr. Alexander Büchel
Mitglied des Vorstands

Genossenschaftsverband Bayern e.V.



Dr. Ulrich Netzer
Präsident



Roland Schmautz
Vizepräsident

Sparkassenverband Bayern